

Resolution 2

Gesundheitssystem stärken – Pflege wirklich voranbringen

Gesundheit, ambulante und stationäre Pflege sowie Medizin (inkl. Apotheken) müssen in einem Staat höchste Priorität im Rahmen der Daseinsvorsorge haben. Die medizinische Grundversorgung muss wieder in staatliche Hand gelangen. Die Lage in den Krankenhäusern und im Pflegebereich ist weiterhin prekär. Die FREIEN WÄHLER Bayern stellen fest, dass diese Bereiche seit Jahren auf Kante genährt, unterfinanziert und konzeptlos sind.

Dass das Bundesgesundheitsministerium erst kürzlich weitere Sparmaßnahmen bekannt gab, die zu Leistungskürzungen, längeren Wartezeiten bei Haus- und Fachärzten und in ländlichen Gebieten auch zu längeren Anfahrtswegen führen, kritisieren die FREIEN WÄHLER.

Aufgrund des hohen Arbeitsaufkommens und der ständigen übermäßigen psychischen Dauerbelastung sind viele Pflegerinnen und Pfleger häufiger krank als andere Berufsgruppen. Es folgt oftmals der Schritt in die Teilzeit oder das komplette Ausscheiden aus dem Beruf, weil die Rahmenbedingungen auf Dauer untragbar sind. Es gilt nach wie vor als Aufgabe der Politik, hier endlich weitreichende und nachhaltige Veränderungen einzuleiten.

Die FREIEN WÄHLER sprechen sich für eine deutliche Stärkung des Gesundheits- und Pflegesystems aus und für ein Hinwirken der Politik auf die Pflege-Tarifparteien, um eine bessere Bezahlung für Gesundheits- und Pflegeberufe zu erreichen, besonders für ungeplante Arbeitseinsätze. Ein einheitlicher Tarifvertrag für die Pflege ist längst überfällig. Außerdem müssen Ausbildung und der Zugewinn von Fachkräften noch attraktiver gestaltet werden. Pflegenden Angehörige sollen ihre Pflegezeit in Rentenpunkten verstärkt angerechnet bekommen.

Bürokratische Hürden und übertriebene Dokumentationspflichten müssen angepasst werden, die Einrichtungsbezogene Impfpflicht muss schnell gestrichen werden.

Die FREIEN WÄHLER setzen sich in Bayern weiter dafür ein, dass regionale Krankenhäuser erhalten sowie regionale und **flächendeckende Gesundheitsversorgung** so gut wie möglich gewährleistet werden können. Dabei unterstützen die FREIEN WÄHLER die Forderung nach finanzieller Unterstützung durch den Bund, um die Liquidität der Kliniken rasch zu sichern oder abzupuffern. Kliniken sind durch Pandemie, Preissteigerungen, Energiekrise und einem global angespannten Markt stark strapaziert. Es braucht einen **Sicherstellungszuschlag für Zentrale Notaufnahmen** abseits der strengen GBA-Richtlinien in der Grund- und Regelversorgung, um die flächendeckende Notfallversorgung aufrechtzuerhalten. Ambulante Notfälle müssen extrabudgetiert vergütet werden.

Aufgrund der Finanzierungssystematik im Krankenhausentgeltgesetz und in der Bundespflegesatzverordnung können Krankenhäuser die massiven Preissteigerungen weder über die Landesbasisfallwerte noch über entsprechende Ausnahmetatbestände für das Jahr 2022 abfangen. Steigerungen der Behandlungsentgelte sind im Vergleich zu 2021 gesetzlich gedeckelt. Die FREIEN WÄHLER fordern die Ampel auf, hier dringend tätig zu werden. Es bedarf umgehend einer Sockelfinanzierung der Krankenhäuser, damit die Planungssicherheit gerade auch für medizinische Grund- und Regelversorger besteht. Das Fallpauschalsystem darf nicht dazu führen, dass (kleine) Krankenhäuser schließen müssen. Die Finanzierung muss mittelfristig auf eine breitere Basis gestellt werden.

Die FREIE WÄHLER sprechen sich weiter für eine stabile Versorgung mit Medikamenten aus, was eine nachhaltige Standortsicherung in Deutschland und eine Rückverlagerung der Produktion von bestimmten Arzneien wie beispielsweise Antibiotika bedeutet. Außerdem soll ein bundesweiter Technologie-Upgrade die Entwicklung innovativer und komplexer Wirkstoffe begünstigen.

Wir sprechen uns weiter für die von uns FREIE WÄHLER in Bayern umgesetzte besondere Förderung von **Hebammen** aus und wollen diese beibehalten.